

Gemeinde Bindlach



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates

vom 2. Dezember 2019
Sitzungssaal im Rathaus

Vorsitz:

1. Bürgermeister Gerald Kolb

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:00 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden sind. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

- 1 Klaus-Dieter Jaunich
- 2 Werner Hereth
- 3 Werner Bauernfeind
- 4 Christian Brunner
- 5 Wolfgang Fischer
- 6 Werner Fuchs
- 7 Andreas Heußinger
- 8 Berthold Just
- 9 Xenia Keil
- 10 Stefanie Kolanus
- 11 Klaus Langer
- 12 Alfred Lautner
- 13 Udo Lindlein
- 14 Holger Maisel
- 15 Neithard Prell
- 16 Winfried Rohr
- 17 Rosemarie Schmidt
- 18 Helmut Steininger

Bemerkung:

2. Bürgermeister
3. Bürgermeister

Entschuldigt sind:

- 19 Markus Kratzer
- 20 Jürgen Masel

Verwaltung:

Florian Dörfler

Weiterhin anwesend:

Bernd Hofmann
Eric Waha

Ortssprecher
Presse

Aktuelle Bürgerviertelstunde

- Herr Karl-Friedrich Richter bedankte sich im Namen der Bürgerinitiative "Natur erhalten - Versiegelung vermeiden" für die Möglichkeit, in öffentlicher Sitzung am 09.12.2019 Stellung nehmen zu dürfen. Eine entsprechende Einladung zur Sitzung wird den Vertretern der Bürgerinitiative rechtzeitig vor der Sitzung zugesandt.

Antrag Gemeinderat Just auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 8 "Parkplätze an der Bärenhalle, Erweiterung der Stellplatzfläche".

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt und von der Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 10

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2019
2. Bekanntgaben
3. Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 "Industriegebiet Süd"
4. Erlass einer Veränderungssperre über den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 "Industriegebiet Süd"
5. Vorlage im Genehmigungsfreistellungsverfahren zum Baugesuch "Neubau eines Parkplatzes, Gemarkung Bindlach, Flur-Nummern 530/4, 530/17 und 549/9, Eingang bei der Gemeinde Bindlach am 22.11.2019
6. Zurückstellung des in TOP 5 genannten Baugesuches gemäß § 15 BauGB
7. Vollzug des Personenstandsgesetzes;
Bestellung eines weiteren Standesbeamten
8. Parkplätze an der Bärenhalle;
Erweiterung der Stellplatzfläche
9. Verschiedenes

1. Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2019

Sachverhalt:

Die Niederschrift wurde den Gemeinderäten über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Die Niederschrift wurde wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Änderungsantrag zu TOP 6 von Frau Kolanus:

Anm.: Stefanie Kolanus erinnerte nochmals an die Prioritätenliste zur Sanierung der Gemeindestraßen und beantragte die Aufnahme der Gemeindeverbindungsstraße Euben – Theta.

Änderungsantrag zu TOP 10 b von Herrn Fuchs:

b) Zentrale Schließanlage für Feuerwehrhäuser und andere Gebäude der Gemeinde

Nach der Feier zum Volkstrauertag in Ramsenthal bat Werner Fuchs als Vorsitzender der Freiwilligen Feuerwehr Ramsenthal Ersten Bürgermeister Gerald Kolb zu einem kurzen Gespräch mit Verantwortlichen der Ramsenthaler Feuerwehr zur Erläuterung der von der Feuerwehr und einem Gemeindebediensteten angedachten Schließ- und Sicherungssysteme (u. a. Rauch- und Frostwarnsystem). Bürgermeister Kolb bat die Feuerwehr Ramsenthal, sich diesbezüglich zu gedulden, da in den kommenden Jahren nicht nur alle Feuerwehrhäuser der Gemeinde, sondern auch die Bärenhalle sowie evtl. das Rathaus und andere Gebäude mit einer zentralen Schließanlage versehen werden sollen. Da dieses Vorhaben bislang nicht im Gemeinderat behandelt wurde, ersuchte Werner Fuchs den Bürgermeister zu einer kurzen Erläuterung seiner Planungen bezüglich einer zentralen Schließanlage.

2. Bekanntgaben

Sachverhalt:

Keine Vorgänge

3. Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 "Industriegebiet Süd"

Sachverhalt:

Die Gemeinde Bindlach hat den Bebauungsplan Nummer 18 „Industriegebiet Süd“ erlassen, zu dem zuletzt die 4. Änderung in Kraft getreten ist. Ziel der Bauleitplanung war unter anderem die Ansiedlung von Gewerbe auf dem Gebiet der Gemeinde Bindlach. Aus Anlass eines Bauvorhabens für die im Plangebiet gelegenen Grundstücke mit den Flurnummer 530/4, 530/17 und 549/9 ist dem aktuellen Gemeinderat bewusst geworden, dass größere im Plangebiet gelegene Flächen ausschließlich zur Parkplatznutzung genutzt werden können, ohne dass damit eine Gewerbeansiedlung auf dem Gebiet der Gemeinde Bindlach verbunden wäre. Eine solche reine Stellplatznutzung war offensichtlich von den bisher über den bestehenden Bebauungsplan beschließenden Gemeinderäten nicht ins Auge gefasst worden, wie auch aus Ziffer 4.3 der textlichen Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes (die in die 3. Änderung und die 4. Änderung übernommen wurde) folgt, weil dort ein Nachweis des notwendigen Stellplatzbedarfes je Betrieb festgesetzt ist. Ferner erscheint die Verkehrsanbindung im Plangebiet gelegener Flächen über die Ortsstraße Esbachgraben für die nun beabsichtigte Parkplatznutzung mit der Nutzung durch mindestens 350 sogenannter „Sprinter“ nicht ausreichend zu sein. Schließlich möchte die Gemeinde zumindestens bezüglich größerer zusammenhängender Flächen eine Bebauung mit Gebäuden sicherstellen und eine ausschließliche Nutzung zu Parkzwecken unterbinden.

In dem gültigen Bebauungsplan sind bisher keine Festsetzungen nach § 12 BauNVO zur Beschränkung der Anzahl von Stellplätzen vorgenommen worden, die sich allerdings nunmehr aus Sicht der Gemeinde als erforderlich erweisen, damit Grundstücke einer effektiven Nutzung zur Gewerbeansiedlung und nicht zur ausschließlichen Beparkung zugeführt werden können.

Nach § 12 Abs. 6 BauNVO kann in einem Bebauungsplan festgesetzt werden, dass in Baugebieten oder bestimmten Teilen von Baugebieten Stellplätze und Garagen unzulässig oder nur in beschränktem Umfang zulässig sind, soweit landesrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen. Derartige beschränkende oder ausschließende Festsetzungen können städtebaulich gerechtfertigt sein, um einerseits in bestimmten Bereichen den Individualverkehr zu vermeiden oder zu reduzieren (vergleiche Meißner, Onlinekommentar zur BauNVO, Stand 1.10.2019, § 12 BauNVO, RZ 7). Auch das Fassungsvermögen des Straßennetzes kann städtebaulich entsprechende Beschränkungen rechtfertigen (vergleiche Ernst/Zinkhahn/Bielenberg, § 12 BauNVO, RZ 110).

Zur Erreichung dieses Ziels kann die Anzahl der zulässigen Stellplätze auf einem im Plangebiet gelegenen Grundstück in ein Verhältnis zur Grundstücksgröße oder Geschossfläche gesetzt werden (Meißner, AO; Ernst/Zinkhahn/Bielenberg, BauGB, § 12 BauNVO, RZ 105), wobei der Gleichheitsgrundsatz zu beachten ist, welcher aber bei Vorliegen sachlicher Gründe (zum Beispiel in Bezug auf die zu berücksichtigenden Grundstücksgrößen) gegebenenfalls unterschiedliche Festsetzungen für einzelne im Plangebiet gelegene Grundstücke rechtfertigen kann.

Die Gemeinde Bindlach verfolgt das städtebauliche Ziel, durch ergänzende Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplanes durch eine 5. Änderung des Bebauungsplanes sicherzustellen, dass die im Plangebiet gelegenen Grundstücke grundsätzlich nicht ausschließlich zu Parkzwecken genutzt werden können, sondern Beschränkungen solcher Parknutzungen festgesetzt werden, wobei auch die Berücksichtigung des Fassungsvermögens des Straßennetzes zur Aufnahme zusätzlichen Verkehrs verfolgt wird. Dazu sind in einem Bauleitplanverfahren entsprechende Untersuchungen für konkrete Festsetzungen anzustellen, die unter anderem die Lage, die Größe und die bisherige Nutzung der im Plangebiet gelegenen Grundstücke zu berücksichtigen haben werden, um im Rahmen eines gerechten Abwägungsprozesses ergänzende Festsetzungen nach § 12 BauNVO zur Beschränkung der Anzahl von Stellplätzen und Garagen je Grundstück vorzunehmen. Die Art der zulässigen Nutzung soll nicht geändert werden; insoweit verbleibt es nach den Planungsabsichten der Gemeinde bei den bisherigen Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Nach einem Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes soll – gegebenenfalls nach Einholung von Angeboten geeigneter Planungsbüros – ein Planentwurf zur 5. Änderung des Bebauungsplanes erstellt werden. Die weiteren erforderlichen Verfahrensschritte zur Änderung des bestehenden Bebauungsplanes sollen durchgeführt werden.

Beschluss:

a) Für das Gebiet des Geltungsbereiches der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 „Industriegebiet Süd“ wird zur Ergänzung dessen Festsetzungen ein Bebauungsplan aufgestellt (5. Änderung des bestehenden Bebauungsplanes). Dabei wird das Planungsziel der Beschränkung von Stellplätzen und Garagen für die im Plangebiet gelegenen Grundstücke verfolgt.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

Beschluss:

b) Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

Beschluss:

c) Die Verwaltung wird beauftragt, den Planentwurf auszuarbeiten bzw. unter Beauftragung eines geeigneten Planungsbüros ausarbeiten zu lassen.“

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

4. Erlass einer Veränderungssperre über den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 "Industriegebiet Süd"

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat unter Tagesordnungspunkt 3 einen Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 „Industriegebiet Süd“ gefasst. Zur Sicherung der beabsichtigten Planung ist eine Veränderungssperre zu erlassen.

Der Gemeinderat hat bei seiner Entscheidung über den Erlass der Veränderungssperre zu berücksichtigen, dass er einem im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 18 „Industriegebiet Süd“ gelegenen Bauvorhaben, das ebenfalls eine Garagenstellplatzausweisung betraf, bereits das Einvernehmen erteilt hat. Über dieses Bauvorhaben liegt eine Entscheidung der Baugenehmigungsbehörde noch nicht vor. Grundsätzlich wird die Veränderungssperre daher auch für dieses Bauvorhaben Wirkung entfalten. Dieses Bauvorhaben zeichnete sich aber dadurch aus, dass die Anzahl der Garagenstellplätze mit 30 Stück vergleichsweise gering war und daneben auf dem Baugrundstück auch eine andere bauliche Nutzung wie die Erstellung von Lagereinheiten und 6 sogenannter Unternehmereinheiten (mit Büronutzung) beantragt wurde. Die Gemeinde hat berücksichtigt, dass nach einer in der rechtlichen Kommentarliteratur vertretenen Auffassung dieses Vorhaben, zu dem die Gemeinde ihr Einvernehmen bereits erteilt hat, von den Wirkungen der Veränderungssperre freizustellen ist, insbesondere also eine Ausnahme nach § 14 Abs. 2 BauGB zuzulassen wäre, worüber die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde zu entscheiden hat. Nach dieser Auffassung ist die Gemeinde insoweit an ihr einmal erteiltes Einvernehmen gebunden, von dem sie sich nicht durch den nachträglichen Erlass einer Veränderungssperre entziehen kann (Berliner Kommentar zum Baugesetzbuch, § 14 BauGB, RZ 28 a). Anderer Auffassung nach ist die Gemeinde an ein einmal erteiltes Einvernehmen nicht gebunden und muss deshalb Vorhaben, denen die Gemeinde ihr Einvernehmen bereits erteilt hat, nicht von der Änderungssperre freistellen (vergleiche zum Beispiel Schrödter, BauGB, § 14, RZ 35). Das betrifft – jedenfalls grundsätzlich – auch andere Bauvorhaben, die im Plangebiet gelegen sind und zu denen die Gemeinde bei Erlass der Veränderungssperre bereits ihr Einvernehmen erteilt hat, ohne dass die Baugenehmigungsbehörde bisher über den entsprechenden Antrag entschieden hätte. Die Gemeinde wird daher im Einvernehmen mit der Baugenehmigungsbehörde im Einzelfall nach § 14 Abs. 2 BauGB zu entscheiden haben, ob eine Ausnahme von der Veränderungssperre zugelassen werden kann. Darüber braucht der Gemeinderat allerdings derzeit noch nicht zu entscheiden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Veränderungssperre.

Abstimmungsergebnis: 2 : 17

5. Vorlage im Genehmigungsfreistellungsverfahren zum Baugesuch "Neubau eines Parkplatzes, Gemarkung Bindlach, Flur-Nummern 530/4, 530/17 und 549/9, Eingang bei der Gemeinde Bindlach am 22.11.2019

Sachverhalt:

Die LogPark BT Nord 3 GmbH hat eine Vorlage im Genehmigungsfreistellungsverfahren bei der Gemeinde eingereicht. Nach den eingereichten Plänen wird nunmehr die Baugrenze des Bebauungsplanes Nummer 18 „Industriegebiet Süd“ nicht mehr überschritten. Ob das Vorhaben den Festsetzungen des Bebauungsplanes in Bezug auf die maximal zulässigen flächenbezogenen emissionswirksamen Schallleistungspegel gemäß Ziffer 4.7 der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes entspricht, kann derzeit nicht beurteilt werden, weil der Bauherr ein Lärmschutzgutachten zum Nachweis der Einhaltung der festgesetzten flächenbezogenen Schallleistungspegel gemäß Ziffer 4.12 der Festsetzungen des Bebauungsplanes bisher nicht vorgelegt hat. Es wird seitens der Verwaltung bezweifelt, dass die entsprechenden Pegel bei Realisierung des Vorhabens eingehalten werden können.

Beschluss:

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Industriegebiet Süd“. Die Fläche ist derzeit als „Gewerbegebiet“ ausgewiesen. Es ist nunmehr geplant, ausschließlich Stellplätze anzulegen, ohne dass hier ein Betrieb ansiedelt. Die Anzahl der Stellplätze ist nunmehr mit 350 angegeben. Eine solche Anzahl von Stellplätzen konzentriert auf einer Fläche übersteigt das zumutbare Verkehrsaufkommen unserer Gemeinde. Das sehr hohe Verkehrsaufkommen und die dadurch entstehenden Emissionen sind den Bindlacher Bürgern nicht zuzumuten. Die geplante Zufahrt ist nicht ausreichend für die hohe Anzahl der geplanten Stellplätze. Die Verkehrsanbindung ausschließlich über die Ortsstraße Esbachgraben ist für die geplante Anzahl der Fahrzeuge nicht ausreichend. Die Gemeinde bezweifelt, dass das Vorhaben die Festsetzungen des Bebauungsplanes in Bezug auf die Einhaltung der flächenbezogenen Schallleistungspegel einhalten kann. Es steht für die Gemeinde daher nicht fest, ob das Vorhaben den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht widerspricht, sodass schon von daher fraglich ist, ob das Vorhaben im Genehmigungsfreistellungsverfahren behandelt werden kann. Unbeschadet dessen soll das Vorhaben in jedem Falle nach Art. 58 Abs. 2 Nummer 5 BayBO im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erklärung der Gemeinde, dass das Vorhaben im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden soll, dem Bauherrn und dem Landratsamt mitzuteilen.

Der Gemeinderat kann dem Vorhaben aus den dargelegten Gründen nicht zustimmen und verweigert deshalb sein gemeindliches Einvernehmen zu dem Vorhaben.“

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

6. Zurückstellung des in TOP 5 genannten Baugesuches gemäß § 15 BauGB

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat unter Tagesordnungspunkt 3 einen Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 „Industriegebiet Süd“ gefasst. Unter Tagesordnungspunkt 4 hat er sich zur Sicherung der Bauleitplanung nicht zum Erlass einer Veränderungssperre entschlossen.

Unter Tagesordnungspunkt 5 hat der Gemeinderat beschlossen, dass das Baugesuch „Neubau eines Parkplatzes, Gemarkung Bindlach, Flur-Nummer 530/4, 530/17 und 549/9, Eingang bei der Gemeinde Bindlach am 22.11.2019“ im vereinfachten Genehmigungsverfahren durchgeführt werden soll.

Zur Sicherung der Bauleitplanung kann die Gemeinde, anstatt eine Veränderungssperre zu erlassen, auch die Zurückstellung des Baugesuches nach § 15 BauGB bei der Baugenehmigungsbehörde beantragen.

Der Gemeinderat hat bei seiner Entscheidung über die Zurückstellung des Baugesuches zu berücksichtigen, dass er einem im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 18 „Industriegebiet Süd“ gelegenen Bauvorhaben, das ebenfalls eine Garagenstellplatzausweisung betraf, bereits das Einvernehmen erteilt hat. Allerdings zeichnete sich dieses Bauvorhaben dadurch aus, dass die Anzahl der Garagenstellplätze mit 30 Stück vergleichsweise gering war und daneben auf dem Baugrundstück auch eine andere bauliche Nutzung wie die Erstellung von Lagereinheiten und 6 Unternehmereinheiten mit Büronutzung beantragt wurde. Damit liegen aus Sicht des Gemeinderates ausreichende sachliche Gründe dafür vor, bei diesem Bauvorhaben im Gegensatz zu dem genannten Bauvorhaben, zu dem der Gemeinderat bereits sein Einvernehmen erteilt hat, eine Zurückstellung des Baugesuches zu beantragen. Zudem ist durch den Aufstellungsbeschluss gemäß Tagesordnungspunkt 3 in der Zwischenzeit auch insoweit eine veränderte Situation eingetreten.

Beschluss:

Das Bauvorhaben soll nach § 15 Abs. 1 BauGB für einen Zeitraum von bis zu 12 Monaten ausgesetzt werden, da zu befürchten ist, dass die Durchführung des Bauvorhabens die Planung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 18 „Industriegebiet Süd“ unmöglich macht oder wesentlich erschwert. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Aussetzung/Zurückstellung bei dem Landratsamt zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

**7. Vollzug des Personenstandsgesetzes;
Bestellung eines weiteren Standesbeamten**

Sachverhalt:

Die zwei Standesbeamten Karl-Heinz Maisel und Karola Meister werden voraussichtlich zum Ende des Jahres 2020 in Altersrente verabschiedet. Um den laufenden Geschäftsbetrieb des Standesamtes, auch über diesen Zeitraum hinaus sicherstellen zu können, sollte zeitnah ein neuer Standesbeamter eingearbeitet werden.

Der Bürgermeister schlägt deshalb vor, die Verwaltungsfachangestellte Christine Berski zur weiteren Standesbeamtin zu bestellen. Die Bestellungsvoraussetzungen liegen vor.

Beschluss:

Die Verwaltungsfachangestellte Christine Berski wird gemäß § 2 Abs. 3 Personenstandsgesetz i. V. m. § 2 Abs.1 AVPStG ab dem 01.01.2020 zur weiteren Standesbeamtin bestellt.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0

Anm.: Gemeinderat Jaunich war zur Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

8. Parkplätze an der Bärenhalle; Erweiterung der Stellplatzfläche

Sachverhalt:

Wie in öffentlicher Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 27.03.2019 beraten, soll eine Beschlussfassung über die Erweiterung der Stellplatzfläche an der Bärenhalle Beschluss gefasst werden. Es liegen nun zwei Angebote vor. Die Angebote beinhalten die bereits beschlossene Umverlegung des Fußweges zur direkten Durchfahrt vom Hauptparkplatz.

Das wirtschaftlichste Angebot liegt bei einer Gesamtsumme von (netto) 57.971,85 €.

Davon entfallen auf die Umverlegung des Gehweges	(netto) 10.945,75 €
und	
auf die Erweiterung der Stellplatzfläche	(netto) 47.026,10 €

Gemeinderat Christian Brunner schlägt vor, die Vergabe zur Erweiterung der Stellplatzfläche abzuwarten, bis der Verbindungsweg vom Hauptparkplatz zum Schotterparkplatz fertiggestellt ist. Gegebenenfalls wird dann die Parkplatzfläche besser genutzt und eine Erweiterung ist nicht mehr von Nöten. Hierzu merkte Gemeinderat Steininger an, dass aus seiner Sicht eine Erweiterung der Stellplatzfläche unerlässlich ist, da zeitnah die Bindlacher Kirchweih auf dem Gelände stattfinden wird. Dem entgegnete Gemeinderat Brunner und erklärte, dass die derzeitige Stellplatzfläche hierfür ausreichend ist. Dies ergab bereits eine Flächenermittlung der Verwaltung. Bürgermeister Kolb erklärte, dass der Bauhof bereit wäre, die Erweiterung der Stellplatzfläche in Eigenleistung vorzunehmen. Der Bau des Zufahrtsweges wurde in öffentlicher Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 29.08.2018 festgelegt und die Vergabe ist bereits erfolgt. Hierzu bat Gemeinderat Brunner um Erklärung, warum der Bau noch nicht fertiggestellt wurde. Der Bürgermeister erläuterte, dass die Firmen derzeit ausgebucht sind und offensichtlich kleinere Maßnahmen wie diese hinausgeschoben werden.

Beschluss:

a) Der Auftrag zur Erweiterung der Stellplatzfläche wird gemäß des vorliegenden Angebotsschreibens mit einer Gesamtsumme von netto 57.971,85 € inkl. der Umverlegung des Fußweges an den wirtschaftlichsten Anbieter vergeben.

Abstimmungsergebnis: 3 : 16

Beschluss:

b) Von einer Erweiterung der Stellplatzfläche wird vorerst abgesehen. Der Bauhof wird beauftragt, in Eigenleistung die Umverlegung des Fußweges zu realisieren. Nach Fertigstellung wird erneut über die Erweiterung der Stellplatzfläche entschieden.

Abstimmungsergebnis: 16 : 3

9. Verschiedenes

Sachverhalt:

a) Inbetriebnahme der neuen Drehleiter

Gemeinderat Jaunich erklärte als 1. Vorsitzender der Freiwilligen Feuerwehr Bindlach, dass die neu angeschaffte Drehleiter offiziell seit 01.12.2019, 9.20 Uhr, in Betrieb genommen wurde.

b) 20 kV-Leitung im Bereich der Ortsabrundungssatzung Gemein

Gemeinderat Brunner erläuterte, dass im Bereich der Ortsabrundungssatzung Gemein mittlerweile die 20 kV-Leitung an einem neuen, 19 m hohen Mast angebracht wurde. Ursprünglich konnten im Baugebiet von den 3 Grundstücken nur 2 genutzt werden. Die Gemeinde hat deshalb die Möglichkeit zur Ausweisung eines weiteren Bauplatzes geschaffen. Nach der nun erfolgten Erhöhung der Freileitung soll offensichtlich auch der bisher nicht nutzbare Bauplatz bebaut werden. Durch die Erhöhung der Freileitung erfolgt ein erheblicher Eingriff in das Ortsbild, die Gemeinde sollte dies nicht so einfach hinnehmen.

c) Teilnahme am Kurier-Firmenlauf 2020

Gemeinderätin Keil schlug vor, dass sich die Gemeinde beim Kurier-Firmenlauf 2020 beteiligen sollte. Dieser findet am 11.09.2020 statt und unterstützt einen guten Zweck.

d) Umbauarbeiten an der Goldkronacher Straße

Gemeinderat Brunner fragte nach, ob die Umbauarbeiten an der Goldkronacher Straße entsprechend des genehmigten Planes umgesetzt werden. Hierzu erklärte der Bürgermeister, dass einige „Verkehrinseln“ aus verschiedenen Gründen nicht am ursprünglich geplanten Platz errichtet werden konnten. Bezüglich der Verkehrsführung findet am morgigen Mittwoch ein Termin mit der Polizei statt. Gerne können auch interessierte Gremiumsmitglieder hieran teilnehmen.

e) Dorferneuerung Ramsenthal

Gemeinderat Fuchs bemängelte, dass die beschädigte Pflastersteincharge, die im Rahmen der Dorferneuerung Ramsenthal am Ortsausgang Richtung Harsdorf verbaut wurde, noch immer nicht ausgetauscht ist. Der Bürgermeister erklärte hierzu, dass die Angelegenheit bereit an das Ingenieurbüro weitergeleitet wurde, er wird nochmals darauf drängen, den Mangel beheben zu lassen.

f) Sanierung der Rosenstraße

Gemeinderat Fuchs hält die Bauausführungen in der Rosenstraße für mangelhaft. Aus seiner Sicht sollten die Granitrinnenplatten nicht ausgeschlemmt, sondern ordentlich ausgefugt und das überschüssige Fugenmaterial beseitigt werden.

Um 21:00 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Bindlach

Gerald Kolb
1. Bürgermeister

Florian Dörfler
Protokollführer